

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 45 (1969-1970)
Heft: 14

Artikel: Jugoslawien : Demokratie im Prüfstand
Autor: A.M.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1079354>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Demokratie im Prüfstand

In Zagreb, der Hauptstadt Kroatiens, rebellierte die Belegschaft eines mittleren Industriebetriebes. Der Zwischenfall wurde nicht an die grosse Glocke gehängt und keine internationale Presse-Sensations-Agentur hat sich seiner angenommen. Und trotzdem ist er symptomatisch — sowohl durch die Hintergründe, die dazu führten, als auch durch die Art und Weise, wie er aus der Welt geschafft werden konnte.

Am Anfang stand eine allgemeine Unzufriedenheit der Arbeiter und Angestellten, und selbstverständlich ging es auch da zunächst einmal um eine wirtschaftliche Besserstellung. Aber der Kampf wurde nicht mit lautem Geschrei oder Spruchbändern, auch nicht mit Gewalt oder Streik geführt. Er spielte sich vielmehr in einem eigens für solche Zwecke ausgesteckten «Ring» ab: in den Gremien der sogenannten Selbstverwaltung.

Es sind jetzt genau zwanzig Jahre her, seit dieses System eingeführt worden ist. Tito selbst hat damals dieses «Grundgesetz über die Leitung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen und Höheren Wirtschaftsassoziationen durch Arbeitskollektive» dem Parlament vorgelegt, das schliesslich am 27. Juni 1950, fast auf den Tag genau zwei Jahre nach Jugoslawiens Bruch mit dem Kominform, gutgeheissen worden war. Tito hat damit irgendwie zurückgegriffen auf Lenins Bürgerkriegsparolen «Die Fabriken den Arbeitern», doch ist er einen wesentlichen Schritt weitergegangen. Vor allem hat er die Idee der Selbstverwaltung als Mittel zur wirtschaftlichen Dezentralisierung des Landes benutzt, was — gewollt oder ungewollt — die straffe Parteiautorität schwächte. Der Empiriker und Pragmatiker Tito hat wohl nicht unbedingt aus theoretischer Ideologie heraus diese Richtung eingeschlagen, sondern vielmehr im Gegenzug des politischen Spiels ihren Vorzug erkannt. Dass sich heute sogar sein schärfster Gegner, Milovan Djilas, um die Autorschaft dieses Gedankens streitet, zeugt immerhin davon, dass selbst

nach dessen Meinung dieses System nicht so schlecht ist und offenbar auch nicht so schlecht funktioniert. Auf jeden Fall schrieb er in seinem neuesten Buch «Die unvollkommene Gesellschaft»: «Eines Tages — es dürfte im Frühjahr 1950 gewesen sein — kam mir der Gedanke, dass wir jugoslawischen Kommunisten nun die Möglichkeit hätten, an die Verwirklichung der ‚freien Vereinigung der unmittelbaren Produzenten‘ nach Marx zu schreiten.»

Nach westlicher Klischee-Vorstellung ist dieses ganze Selbstverwaltungssystem nichts anderes als ein getarntes Machtinstrument der Partei. Zweifellos könnte es zu einem solchen missbraucht werden, und nie-

Skopje, der makedonischen Hauptstadt zum Beispiel, funktionierte ein relativ grosses Industrieunternehmen recht mangelhaft. Es konnte gar nicht anders funktionieren, da es nicht nach wirtschaftlichen und noch weniger nach wirtschaftsgeographischen Überlegungen erstellt worden war, sondern als handfeste Kompensation für politische Verdienste gedacht war. Nun verlangte die Belegschaft im Rahmen der Selbstverwaltung Auskunft über die Gründe, die zum unerfreulichen Geschäftsgang führten. Es kam zu harten Streitgesprächen, und schliesslich musste der Betrieb seine Produktion umstellen.

Man mag diesen Effekt als lächerlich abtun, doch kann er nur im Rahmen der gegebenen Verhältnisse richtig gewürdigt werden. Natürlich hätte ein privater Industrieller nie nach solchen produktionsfremden Überlegungen den Standort für seinen Betrieb gewählt, und gegen Nachteile, die sich unter Umständen erst nachträglich ergeben sollten, hätte er zweifellos ebenfalls sofort mit einer radikalen Veränderung reagiert. Der Unterschied liegt aber darin, dass er bei diesem Entscheid nicht oder mindestens nicht im gleichen Ausmass auf die Arbeitnehmer Rücksicht genommen hätte. Insofern also steht das jugoslawische Modell genau in der Mitte zwischen dem kapitalistischen, das nur auf die wirtschaftliche Rentabilität achtet, und dem kommunistischen orthodoxer Prägung, das ohne Rücksicht auf die ökonomischen Bedingungen auf die Erhaltung der Arbeitsplätze ausgerichtet ist.

Es wäre allerdings eine Illusion zu glauben, dass die jugoslawischen Arbeiter ihre Fabriken wirklich selbst leiteten. Schliesslich muss auch unter einer Gesellschaftsordnung, wie sie in Titos Reich Geltung hat, unterschieden werden zwischen den verschiedenen Ebenen der Fähigkeiten und damit der Verantwortlichkeiten. Die positive Auswirkung des Selbstverwaltungssystems liegt in erster Linie in der bewusst etablierten Information von oben nach unten. Nur

Jugoslawische Fremdarbeiter in Westeuropa

(Stand vom 1. Januar 1970)

Bundesrepublik		
Deutschland	326 000	65,2 %
Frankreich	55 338	11,1 %
Oesterreich	35 348	7,1 %
Schweiz	21 000	4,2 %
Schweden	17 710	3,5 %
Belgien	10 000	2,0 %
Italien	10 000	2,0 %
Niederlande	4 500	0,9 %
Andere Länder	20 000	4,0 %
Total	499 896	100 %

Davon sind laut «Vjesnik» vom 25. Juni «über 300 000 Kroaten».

mand wird bestreiten, dass dies in einzelnen Fällen passiert ist. Dort aber, wo es angemessen funktioniert, führt es zweifellos nicht nur zu einer Eindämmung der Staatsgewalt, sondern — was gerade in einem kommunistischen Land noch bedeutungsvoller ist — auch zu einer Einschränkung der Parteivorherrschaft.

Dafür gibt es zahlreiche konkrete Beweise. Auch wenn sie höchst selten aus der Sphäre der hohen ideologischen Auseinandersetzung stammen, so sind sie durch ihre Auswirkungen auf den Alltag des einzelnen Bürgers nicht minder bedeutungsvoll. In

mit der «wirtschaftlichen Demokratisierung» ist es ja schliesslich möglich, die Belegschaft von der Notwendigkeit von Massnahmen zu überzeugen, die im Augenblick Opfer fordern, auf lange Sicht gesehen aber im Interesse nicht nur des ganzen Volkes, sondern auch der betreffenden Belegschaft sind. Selbstverständlich gibt es das auch im kapitalistischen System. Der Unterschied liegt darin, wie weit es sich um eine Institutionalisierung handle oder wie weit diese Information von oben nach unten unter dem Zwang des Arbeitskräftemangels erfolgt.

Der direkte Einfluss der jugoslawischen Arbeitnehmer auf die Betriebe ist zweifellos nicht sehr viel grösser als im Westen, wenngleich es Beispiele für die Interventionsmöglichkeit auf dem Weg der Selbstverwaltung gibt. Meistens liegen sie im Bereich der Sozialmassnahmen und ähnlichem: Verbesserung des Zubringerdienstes zum Betrieb, Verbesserung der Kantine, Schutz gegen Arbeitsunfälle, Verbesserung der sanitären Einrichtungen usw. Die eigentliche Erhaltung des Arbeitsplatzes steht recht selten zur Diskussion, und dies aus einer recht kontradiktorischen Überlegung heraus: Früher einmal, als der Arbeitsplatz für jeden Jugoslawen noch eine Existenzfrage sondergleichen war, galt das ausgesprochen kommunistische System, so dass eine Ausschaltung aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen war; jetzt aber, da eine solche Massnahme wenigstens in Ausnahmefällen möglich wäre, hat sie weit weniger abschreckende Wirkung, weil dank der Liberalisierung das Ausweichen auf den ausländischen Arbeitsmarkt sehr leicht realisiert werden kann.

Immerhin gibt es zahlreiche Fälle, wo jugoslawische Arbeiter durch die Organe der Selbstverwaltung nicht nur zweitrangige Massnahmen ergriffen, sondern zum Beispiel Kantinenleiter oder gar Direktoren zum Rücktritt zwangen. Bei solchen Auseinandersetzungen, in denen es auf beiden Seiten hart auf hart geht, ist selbst-

verständlich ein gesundes Verantwortungsbewusstsein dringendstes Erfordernis. Dass die anderen Gremien wie Arbeiterrat und Gewerkschaften sich neben den Organen der Selbstverwaltung einschalten können, hat in erster Linie den Sinn des Korrektivs. Wo aber auch von diesen Institutionen, die ja ebenfalls von Arbeitnehmerseite dirigiert werden, die Zustimmung erfolgt, ist der Entscheid unwiderruflich.

Diese Einflussnahme ist um so bedeutungsvoller, als sie auf eine Wirtschaft gerichtet ist, die sich in vollem Strukturwandel befindet. Allein schon die Tatsache, dass heute nicht einmal mehr die Hälfte der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebt, während noch vor 30 Jahren vier Fünftel direkt oder indirekt in dieser Sparte beschäftigt waren, illustriert diese Behauptung. Verglichen mit der Situation bei Kriegsausbruch im Jahre 1939 erreicht heute die industrielle Produktion Jugoslawiens den Index von nahezu 800, und allein im Jahre 1969 nahm sie gegenüber dem Vorjahr um 11 Prozent zu.

Wenn man bedenkt, dass das Brutto-Sozial-Produkt nach der vorüber-



gehenden Rezession des Jahres 1968 wieder regelmässig zunimmt und dass seine jährliche Steigerung für die Periode von 1971 bis 1975 auf 7,5 bis 8,5 Prozent angesetzt ist, müsste man fast annehmen, es sei in Jugoslawien alles zum besten bestellt. Trotzdem aber herrscht ein ausgesprochenes Malaise, das nicht zuletzt von einer leicht inflationären Tendenz herrührt. Der Index der Konsumentenpreise ist von 1968 auf 1969 um ganze 9 Punkte gestiegen, während die eigentlichen Lebenskosten eine Steigerung um 10 bis 12 Punkte erreichten. Dies aber hat zur Folge, dass die Auswanderung nicht mehr nur von jenen ins Auge gefasst wird, die keine oder mindestens keine geeignete Arbeit finden. Mehr und mehr Jugoslawen suchen im Ausland Arbeit, weil die Verdienst- und Sparmöglichkeiten dort besser sind.

Wieder die alten Spannungen der Nationalitäten

Dadurch aber wird das Reich Titos auf dem Umweg über die wirtschaftlichen Gegebenheiten mit der Nationalitätenfrage konfrontiert. Die Auswanderung erfolgt selbstverständlich in der Richtung des herrschenden Sozialgefülles. Die Slowenen und Kroaten als die industriell am besten Entwickelten haben natürlich in Westeuropa am meisten Chancen, gute Arbeitsplätze zu finden. Von den fast 390 000 Jugoslawen, die im vergangenen Sommer in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt waren, ist der überwiegende Teil — soweit sie nicht in der Landwirtschaft tätig sind — kroatischer oder slowenischer Herkunft. Das gleiche gilt für die etwa 22 000 in der Schweiz arbeitenden Jugoslawen. Dieser Abfluss aber führt zu einer «Entvölkerung»

Kroatiens und Sloweniens, und schliesslich wandern immer mehr Serben, Montenegriner und Makedonier nordwest- und westwärts und füllen jene Posten in Kroatien und Slowenien aus, die durch Emigration vakant geworden sind. Einmal mehr zeichnet sich eine Völkerverschiebung von Osten nach Westen, ab, und obgleich sie diesmal äusserst friedlich vonstatten geht, machen sich Gegenkräfte bemerkbar.

Ausgerechnet Mika Tripalo, der frühere Sekretär der kroatischen Partei und jetziges Mitglied des jugoslawischen Exekutivbüros der Gesamtpartei, der bisher zu den überzeugtesten Verfechtern einer wirtschaftlichen Liberalisierung galt, sprach von einer Verstaatlichung der Banken und Grossunternehmen. Er griff damit ei-

Peter Stahlberger

Der Zürcher Verleger Emil Oprecht und die deutsche politische Emigration 1933—1945

Mit einem Vorwort von
Professor Dr. J. R. von Salis

Ein junger St. Galler Historiker kam aus eigenem Antrieb dazu, dem Weg und Werk eines Zürcher Verlegers nachzugehen, der an den beständigen Wert der Freiheit glaubte.

Leinen Fr. 28.—

Photobuch Zürich

Mit einem Geleitwort von
Stadtpräsident Dr. S. Widmer

Eine Schweizer Grossstadt heute in über 100 Bildern — das Geschenk für Ihre Freunde nah und fern

Br. Fr. 16.50

Das unterdrückte Dossier

Bericht der Kommission des ZK der
KPTsch über politische Prozesse und
«Rehabilitierungen» in der Tschecho-
slowakei 1941—1968

Herausgegeben von Jiří Pelikan

Ein Buch von höchster Aktualität

Ppck. Fr. 37.—

Arnold J. Toynbee

Der Gang der Weltgeschichte

**Band 1: Aufstieg und Verfall der
Kulturen.**

Band 2: Kulturen im Uebergang

Die lang erwartete Neuauflage eines Geschichtswerkes, das einen gültigen Ueberblick über die Kräfte und Strukturen der Weltgeschichte aus der Sicht unserer Gegenwart gibt.

Band 1: Leinen Fr. 32.—

Band 2: Leinen Fr. 26.—

Europa Verlag Zürich Verlag Oprecht

nen Gedanken auf, den Jugoslawiens «Zweiter Mann», Wladimir Bakaric, seines Zeichens ebenfalls Kroat und Mitglied der obersten Parteiexecutive, bereits in persönlichen Gesprächen formuliert hatte. Ihm — und teilweise auch Tripalo — ging es um ein Korrektiv, das in der Gemischt-Wirtschaft zwischen orthodoxem Kommunismus und Kapitalismus eingesetzt werden sollte. Bakaric sprach schon vor einem Jahr ausdrücklich von der Gefahr, dass die Banken auf dem Umweg über die Kredite eine Bedeutung erhalten könnten, die ihnen eigentlich volkswirtschaftlich gar nicht zukommen sollte, und Bakaric deutete an, dass man natürlich nicht den Einfluss des Staates zurückgebunden habe, um dann auf dem Umweg über die Banken unter den Zwang einzelner Institute zu gelangen. Tripalos Vorschlag fällt — wie betont — jetzt in der öffentlichen Meinung seiner engeren Heimat Kroatien aus ganz anderen Gründen auf fruchtbaren Boden: die «Verteidigung» der Kroaten gegen Serben und Makedonier! Ob die Verstaatlichung das geeignete Mittel wäre, ist allerdings mehr als fraglich, denn personell würde sich durch diese Massnahme kaum etwas ändern, weil ja schliesslich auch Kroatien als Bankherr die unbesetzten Arbeitsplätze nicht aus dem Nichts heraus dotieren könnte, und überdies bekäme dann der Staat wieder zusätzlichen Einfluss, was in keiner Weise den Intentionen des Kreises um Bakaric entspricht.

Man sieht also deutlich, dass selbst in einem Land, das bewusst einen Mittelkurs steuert, die Probleme nicht aus der Welt geschafft sind. Der Kampf gegen einen zu grossen Einfluss des Staates einerseits und gegen den Missbrauch einzelner privater Grossunternehmer andererseits ist keine Besonderheit Jugoslawiens. Immerhin hat das System der Selbstverwaltung einige Klippen zu umfahren ermöglicht und überdies eine staatspolitisch-erzieherische Arbeit geleistet, deren Vorteil nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Gerade die

Schweiz, die sich ja immer darauf beruft, in ihr sei alles von unten nach oben gewachsen, müsste für diese Entwicklung zustimmendes Verständnis haben. Die Völker Jugoslawiens haben bis Kriegsende nie gelernt und auch nie lernen können, was Demokratie wirklich ist. 1945 aber und erst recht nach Titos Bruch mit dem Kominform 1948 waren die Verhältnisse jedoch nicht mehr so wie in der alten Eidgenossenschaft, dass man also in der kleinen Gemeinschaft, dem Weiler oder dem Dorf, Demokratie üben konnte, um sie dann allmählich auf die grössere Gemeinschaft zu übertragen. Hier sprang vor zwanzig Jahren die Selbstverwaltung ein. Sie lehrte den einfachen Arbeiter und Angestellten Demokratie im Betrieb —

Sparsame Jugoslawen

Im Jahre 1968 überwiesen die in Westeuropa arbeitenden Jugoslawen 170 Millionen Dollar in ihre Heimat, 1969 gar 250 Millionen Dollar. Auf westdeutschen Banken haben die in der Bundesrepublik arbeitenden Jugoslawen insgesamt etwa zwei Milliarden D-Mark deponiert, also rund 6000 D-Mark pro Person.

eine Erfahrung, die sich mehr und mehr auf das Land überträgt und die bereits ihre Früchte trägt. In einem Einparteiensystem äussert sie sich natürlich anders; vor allem macht sie sich bei der Auswahl der Kandidaten geltend, und es kam einmal sogar vor, dass die Votanten eines Wahlkreises die Aufstellung eines amtierenden Ministers als Kandidat gegen den Willen der obersten Parteileitung verhinderten.

Demokratie ist etwas, was sich stets neu bewähren muss, und niemand wird behaupten, die jugoslawische sei bereits über alle Zweifel erhaben. Ihre Bewährungsprobe aber wird sie besonders zu bestehen haben, wenn es gelten wird, die unbestrittene Persönlichkeit Titos abzulösen. A. M.